

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Dr. Marie Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti)
und Lucius Dürri (CVP, Zürich)

betreffend Einreichung einer Standesinitiative für eine ökologische Steuerreform

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung fordert der Kanton Zürich die eidgenössischen Räte auf, zügig eine ökologische Steuerreform nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen:

1. In allen wichtigen Bereichen (Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Lärmproduktion, Gewässerbelastung, Abfallverursachung usw.) sollen finanzielle Anreize für umweltgerechtes Verhalten geschaffen werden. Es sollen ökologische und nicht fiskalische Ziele angestrebt werden.
2. Als zentrales Instrument soll eine Energiesteuer stufenweise eingeführt werden. Die Energiesteuer muss Schritt für Schritt eine eidgenössische Steuer und / oder andere steuerähnliche Belastungen ersetzen.
3. Die Höhe des Abgabesatzes muss frühzeitig bekannt sein.
4. Die sozial- und regionalpolitischen Folgen einer ökologischen Steuerreform sollen durch entsprechende Massnahmen kompensiert werden (zum Beispiel Erhöhung der Sozialabzüge bei den direkten Bundessteuern usw.).
5. Die ökologische Steuerreform muss aufkommensneutral gestaltet werden.
6. Es dürfen keine Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des ausländischen Marktes entstehen.
7. Der Bund erstellt ein Informations- und Aufklärungskonzept mit dem Ziel, für die ökologische Steuerreform Verständnis zu wecken.

Dr. Marie Therese Büsser-Beer
Lucius Dürri

Begründung:

Der Text der obigen parlamentarischen Initiative entspricht der gleichlautenden Standesinitiative des Kantons Luzern, welche am 30. Januar 1997 an die eidgenössischen Räte überwiesen wurde, sowie dem von der Fraktion der Grünen im Kanton Aargau eingereichten gleichlautenden Antrag auf Direktbeschluss vom 24. November 1998 betreffend Einreichung einer Standesinitiative für eine ökologische Steuerreform.

Der Kantonsrat hat 1997 bereits eine Motion erheblich erklärt, welche die Einleitung einer ökologischen Finanzreform im Kanton Zürich fordert. Mit der Standesinitiative kann der Kanton Zürich die Bestrebungen auf Bundesebene für eine ökologische Finanzreform unterstützen. Erfreulicherweise hat der Luzerner Grosse Rat bereits eine parlamentarische Initiative mit diesem Wortlaut überwiesen. Je mehr Kantone sich dafür einsetzen, um so grösseres Gewicht erhält dieses Anliegen auf Bundesebene. Wir sind überzeugt, dass die Energie- und Ressourcenbesteuerung mit gleichzeitiger Entlastung der Lohnnebenkosten der fiskalische Weg der Zukunft ist. In einigen europäischen Ländern sind diesbezüglich schon erste Massnahmen umgesetzt. Es würde der Schweiz gut anstehen, hier in den vorderen Rängen vertreten zu sein.

Wieder aufgenommenener Vorstoss aus der Legislatur 1995-1999.
Ursprüngliche Einreicherinnen: Ingrid Schmid (Grüne, Zürich) und Dr. Marie Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti)